



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 128. Ratssitzung vom 15. Januar 2025

4191. 2024/43

Postulat von Patrik Brunner (FDP) und Karin Stepinski (Die Mitte) vom 31.01.2024: Auswertung der Daten von Beratungsleistungen und Anfragen an die Mütter- und Väterberatung (MVB) in Bezug auf Quantität und Qualität

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Patrik Brunner (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2799/2024):
Adressieren wir gleich zu Beginn den Elefanten im Raum: Das Postulat ist eine Reaktion
auf den Newsletter, der im Jahr 2022 zur genderneutralen Erziehung verschickt wurde.
Als ich den Newsletter als junger, stolzer Vater von zwei Buben las, ging es mir nicht gut.
Es hat mich tief getroffen. Man tut alles dafür, dass es den Kindern gut geht und erfährt
dann von den offiziellen Stadtzürcher Kanälen, dass man alles falsch mache. Aber das
Postulat richtet sich nicht gegen den Inhalt. Dieser ist völlig in Ordnung. Es geht darum,
was danach in der parlamentarischen Kommissionsarbeit passierte. Ich fragte, wie ein
solcher Newsletter zustande kommen könne. Die erste Antwort war, Leute hätten danach
gefragt. Als ich fragte, welche Leute und wie viele was gefragt hätten, wurde mir gesagt,
das könne man nicht so genau sagen. Es gebe vier grobe Kategorien und die Anfrage
könnte verschiedenen Themen zugeordnet werden. Das störte mich. Es ist kein Postulat
gegen LGBT. Es ist ein Postulat zu Angst und Macht. Die links-grüne Seite hat in dieser
Stadt die absolute Macht; nicht nur in diesem Rat und im Stadtrat, sondern auch bei den
Friedensrichtern, Stadtammännern, in der Schulbehörde und in den Schulpräsidien. Als
politische Minderheit hat man Angst davor, dass die Macht genutzt wird, um ideologische
Propaganda über staatliche Kanäle zu verbreiten. Was wir uns wünschen, ist ein gewis-
ser Grad an «Accountability». Was der Staat tut – sei es ein Newsletter oder ein Bericht
– muss auf Daten beruhen. Es muss nachvollziehbar sein, weshalb etwas gemacht
wurde. Hätte man mir in der Kommission gesagt, wie viele Leute danach gefragt hatten
oder dass ein gravierender Vorfall in einer Schule oder Familie der Anlass war, hätte ich
gesagt, man solle das tun. Das Postulat soll sicherstellen, dass Newsletter und Beratun-
gen auf einer Grundlage basieren. Grosse Macht bedeutet grosse Verantwortung. Dieses
Postulat legitimiert diese Verantwortung. Nur darum geht es mir.*



Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. Februar 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP lehnt den Vorstoss ab, weil die gewünschten spezifischen Auswertungen nur mehr Kosten und Bürokratie verursachen. Vermutlich müsste der Personalbestand erhöht werden. Zudem müsste man vorher abklären, ob die Auswertungen datenschutzkonform sind.

Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Wir werden das Postulat aus komplett anderen Gründen ablehnen. Wenn man ein bisschen recherchieren würde, hätte man schnell herausgefunden, dass der Fachverband der Mütter- und Väterberatungen (MVB) schweizweit bereits Daten zu den Beratungen und Organisationsstrukturen erhebt. Diese werden zusammengefasst publiziert und in einer jährlichen Beratungsstatistik dargestellt. Ab dem Jahr 2025 werden sie zusammen mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) ausgewertet. Der Sinn einer zusätzlichen Aufarbeitung von Daten, die sich auf die Stadt Zürich beziehen, sehen wir nicht. Ich kaufe es den Postulant*innen auch nicht ganz ab, dass es nichts mit dem damaligen Inhalt zu tun haben soll. Für mich wirkt es wie ein Misstrauensvotum gegen die Mütter- und Väterberater*innen, die sehr gute Arbeit leisten.

Yves Henz (Grüne): Die Grünen sind dankbar für die von der MVB täglich geleistete Arbeit. Das Postulat sehen wir als Misstrauensvotum. Wir haben genug Daten und Bürokratie, um zu wissen, dass gute Arbeit geleistet wird. Zudem wurde ausreichend berichtet.

Samuel Balsiger (SVP): Die ganze Kuriosität dieses Vorstosses sieht man daran, dass der Sprecher der Grünen beklagt, wir hätten bereits zu viel Bürokratie und der FDP-Postulant aufgrund eines E-Mail-Versands zusätzliche Bürokratie fordert. Wir haben in dieser Stadt wirklich genug bürokratische Vorgänge, Staatsbetriebe und staatsnahe Stiftungen, Organisationen und Vereine. Die richtige Antwort auf alle Probleme in diesem Land ist: weniger Staat und mehr Freiheit. Ich hoffe, das merkt auch die FDP wieder.

Nadina Diday (SP): Die MVB ist eine zentrale Anlaufstelle in der Stadt Zürich. Es handelt sich um ein wichtiges Angebot. Die MVB bietet nicht nur Beratungen an, sondern gibt Halt in einer Lebensphase, die von Unsicherheit und teilweise Überforderung geprägt ist. Ich erinnere mich sehr gut daran, wie froh ich war, dass ich ins Gemeinschaftszentrum (GZ) Riesbach gehen konnte und dort kompetente und sehr empathische Unterstützung erhielt. Diese Niederschwelligkeit ist die Stärke der MVB. Sie ist mit über 20 Anlaufstellen in der ganzen Stadt präsent. Das Angebot ist kostenlos, ohne Anmeldung und mehrsprachig. Das ermöglicht allen Familien den Zugang. Die mehr als 20 Mitarbeiterinnen beraten sehr lebensnah an den Realitäten der Familien. Sie bieten klassische Beratung zur Pflege, Erziehung und Ernährung an. Aber sie leisten auch längerfristige Unterstützung und begleiten Familien in Krisensituation. Wir werden den Prüfauftrag unterstützen. Wir lesen ihn so, dass das Angebot der MVB auf die Bedürfnisse der Leute abgestimmt werden soll. Ich habe erfahren, dass die MVB die Themen der Beratungen in ihrem Erhebungstool ab Anfang Jahr viel detaillierter einspeisen, um ihr Angebot auf die



3 / 3

Bedürfnisse der Bevölkerung in der Stadt Zürich abzustimmen. Uns ist es aber ein Anliegen, dass der administrative Aufwand verhältnismässig ist. Der Kern der Beratungsstelle sind die Beratungen. Diese wollen wir nicht mit einer Überbürokratisierung schwächen.

Ronny Siev (GLP): *Die MVB ist eine sehr wichtige Organisation und Anlaufstelle für Eltern. Wir unterstützen, dass sie gestärkt wird. Als Excel-Partei mögen wir Daten. Wenn diese besser erhoben werden können und man besser auf die Bedürfnisse der Eltern und Kinder eingehen kann, unterstützen wir das.*

Karin Stepinski (Die Mitte): *Ich möchte mich bei Nadina Diday (SP) für das gute Argumentarium bedanken. Bei mir ist es schon 28 Jahre her, dass mein erster Sohn zur Welt kam und ich schätzte damals nicht nur die MVB, sondern auch die Elternbriefe, die passend zum Alter des Kindes per Post verschickt wurden. Als seriöser Leitfaden halfen sie massgeblich dabei, Verunsicherungen als junge Eltern abzubauen. Unser erster Sohn war eine leichte Frühgeburt und wir waren immer froh, wenn wir in den Elternbriefen bestätigt bekamen, dass wir es richtig machen und es unserem Kind gut geht. Heute ist es mit dem Internet vermeintlich einfacher. Aber als ehemalige Vizepräsidentin eines sehr grossen Familienvereins in der Stadt Zürich weiss ich, dass das Thema Erziehung und Erziehungsratgeber immer wieder aufkommt. Es wurde durch das Internet nicht einfacher: Es gibt zu viele Informationen. Das Spannungsfeld heutiger Eltern ist anspruchsvoller denn je. Ich kenne frischgebackene Eltern, die aufgegeben haben, Erziehungsratgeber zu lesen, weil man darin alles findet und am Schluss nicht schlauer ist. Die Stadt Zürich kontert diese Informationsflut mit ihren hervorragenden Elternbriefen genial. Diese sind gut recherchiert und erreichen die Eltern noch niederschwelliger als die Anlaufstellen der MVB. Die Statistik wird jedoch nicht sehr aussagekräftig erhoben und es stimmt, dass dies einen Aufwand generiert. Aber wir wollen mit dieser Erhebung auch die Expertinnen und Experten unterstützen, die diese Briefe verfassen. Der Aufwand, statistisch zu erfassen, was die Eltern in der Erziehung wirklich umtreibt, ist im Verhältnis zum Output minimal. Er muss es uns wert sein, weil gut informierte Eltern unsere Zukunft erziehen.*

Das Postulat wird mit 69 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat